

# **Ausländische Direktinvestitionen**

## **Die Black Box im Weltentwicklungsbericht 2005**

**Philipp Hersel  
Sebastian von Eichborn  
2004**

Mit dem World Development Report 2005 (WDR05) *A Better Investment Climate for Everyone* hat die Weltbank in gewohnt professioneller und anschaulicher Weise zentrale Daten zur weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung veröffentlicht. Neben einer breiten Auswertung aktueller Literatur wurden zusätzlich Daten von 26.000 Unternehmen in über 50 Entwicklungsländern erhoben. Die Darstellung in Schaubildern und Tabellen ist leicht nachvollziehbar und stützt die Analysen und gut herausgearbeiteten Thesen und Argumente. In dieser Hinsicht ist der WDR05 eine gute Daten- und Informationsquelle, die einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um das zentrale Thema Investitionen und Entwicklung leistet.

### **Was stimmt nicht mit dem Weltentwicklungsbericht 2005?**

Dem Bericht liegt die Annahme zu Grunde, dass ein besseres Investitionsklima zu mehr privaten Investitionen und damit zu Wachstum führt, welches automatisch Entwicklung und Armutsreduzierung mit sich bringt. Dieser "natürliche Zusammenhang" von Wachstum und Armutsreduzierung – also von privaten Investitionen und Armutsreduzierung bzw. sogar von Investitionsklima und Armutsreduzierung – ist alles andere als nachgewiesen und muss aus mehreren Gründen angezweifelt werden.

Von dieser Grundannahme wird praktisch ein Art Dreiklang der Entwicklung<sup>1</sup> abgeleitet, der keinen Zweifel daran lässt, wer aus Sicht der Weltbank den Schlüssel zu Armutsreduzie-

rung und Entwicklung in Händen hält und damit auch die Schuld am Scheitern trägt:

1. (Private) Investitionen sind das zentrale Element von Wachstum, wodurch es zur Armutsreduzierung kommt.
2. Entscheidungen über Investitionen (Ausmaß, Standort usw.) hängen unmittelbar mit dem jeweiligen Investitionsklima zusammen. Und da
3. das lokale und nationale Investitionsklima entscheidend von der jeweiligen Regierung gestaltet wird, kann es nur am mangelnden Willen oder Können der Regierungen in Entwicklungsländern liegen, dass die Armutsreduzierung bisher nicht funktioniert<sup>2</sup>.

Auf diese Weise versucht der Bericht, die Verantwortung für mangelnde Entwicklungserfolge ausschließlich schlechter Regierungsführung in Entwicklungsländern zu zuschieben. Dabei wird die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle gezielt umgangen. Es wären die Fragen nach den Folgen der eigenen Strukturanpassungsprogramme und der ungelösten Überschuldungsproblematik gewesen. Oder Grundsätzlich die Thematisierung der so unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnissen zwischen großen privatwirtschaftlichen Akteuren und den Regierungen in Industrie- und denen in Entwicklungsländern.

Aller analytischen Brillanz und anschaulicher Aufbereitung zum Trotz schlägt der Bericht schon zu Beginn einen Holzweg ein, wenn er sich auf

<sup>1</sup> "Improving government policies and behaviors that shape the investment climate drives growth and reduces poverty." (WDR05: Overview:1)

<sup>2</sup> "Responsibility for improving society's investment climate lies with the governments of developing countries, both national and sub-national" (WDR05: Overview:70)

die Grundannahme Investitionen = Wachstum = Armutsreduzierung festlegt. Der unmittelbare (positive) Zusammenhang von Investitionstätigkeit und Armutsbekämpfung lässt sich bis heute nicht nachweisen und, wie im Folgenden gezeigt werden soll, es ist fraglich ob es jemals möglich sein wird eine allgemein Aussage über die Entwicklungspolitischenwirkung von Investitionen machen zu können.

Eine differenzierte Betrachtung der Zusammenhänge zwischen Investitionen und Entwicklung ist hierfür eine Grundvoraussetzung. Hierin liegt eine weitere Unzulänglichkeit des Berichts, der nur an wenigen Stellen überhaupt zwischen den unterschiedlichen Formen von Investitionen differenziert. Eine im Gesamtkontext des Reports nicht nachvollziehbare Vereinfachung der Diskussion, bedenkt man z.B. die zum Teil gegensätzlichen Implikationen, die ausländische Direktinvestitionen im Vergleich mit inländischen Investition haben.

Alleine die Tatsache, dass der Zufluss ausländischen Kapitals in Form von Investitionen, bzw. der Abfluss in Form von Gewinnrückführung einen unmittelbaren Einfluss auf Devisenreserven und Wechselkurs hat<sup>3</sup>, die bei inländischen Investitionen überhaupt nicht auftreten können, wäre ein eigenes Kapitel wert gewesen.

---

<sup>3</sup> "The major difference between domestic and foreign investors concerns the balance of payment. Foreign capital comes into the country in foreign currency and, plausibly, foreign investors expect their profits to be remitted from the host country to their home countries in foreign exchange. As investors only undertake an investment if they expect more profits from an investment than their initial amount of investment, successful foreign investment forms the basis of a net capital outflow from the host country in the long run." (eed: 2004: 18)

Schließlich bleibt im WDR05 ein Akteur fast vollständig unbeachtet: der Staat als Investor. Das ist besonders bedenklich, weil der Staat in vielen Entwicklungsändern einer der größten Investoren ist. Im WDR 05 wird er ausgeblendet, obwohl die Frage nach den Bedingungen, unter denen Regierungen zu erfolgreichen Investoren werden können, mit Blick auf Entwicklungsperspektiven eine zentrale Fragestellung ist.

## **Investitionen und Entwicklung**

### **Zusammenhänge zwischen Investitionsklima und Investitionen**

Die Hauptmotivation für Akteure aus dem Privaten Sektor überhaupt zu investieren ist die Erwartung eines finanziellen Ertrags, der nicht nur die Kosten der Investition abdeckt, sondern darüber hinaus einen zusätzlichen Profit einbringt. Natürlich wird niemand investieren ohne die Aussicht, zumindest einen Teil der Früchte dieser Investition auch nach Hause tragen zu können. Dementsprechend sind Eigentumsrechte, Rechtssicherheit, eine gut funktionierende öffentliche Verwaltung, eine zuverlässige Infrastruktur und allgemeine Sicherheit vorteilhafte Bedingungen für Investition, da sie die Unkosten der Firmen bei der Durchführung von Investitionen verhältnismäßig verringern.

Die Kernmotivation bei einer Investition ist es aber nicht, Kosten zu reduzieren, sondern Gewinne zu maximieren. Gibt es also keine ausreichend hohen Gewinnerwartungen, wird es keine Investitionen geben, so gut das Investitionsklima auch sein mag. Es ist offensichtlich, dass das Angebot eines "guten" Investitionsklimas allein nicht

ausreichend ist, um inländische Investoren zu stimulieren und ausländische anzulocken.

### **Bessere Bedingungen für private Investoren auf Kosten der Gesellschaft**

Eine Deregulierung von Arbeitsstandards (z.B. niedrige Mindestlöhne, Aufhebung von Kündigungsschutz usw.) kann zwar unmittelbar die Profite erhöhen, geht aber zu Lasten der ArbeitnehmerInnen. Eine Steuersenkung schadet denjenigen, die auf öffentliche Dienst- und Infrastrukturleistungen, wie etwa Bildung, Gesundheitswesen, sauberes Trinkwasser usw. angewiesen sind.

Ein durch solche Maßnahmen verbessertes Investitionsklima kann zu mehr privaten Investitionen führen, dies ist aber keine zwingende oder logische Folge. Umgekehrt lässt sich allerdings mit großer Sicherheit sagen, dass eine Strategie, die nur auf die Verbesserung des Investitionsklimas für private Investoren ausgerichtet ist, andere Teile der Gesellschaft schlechter stellt als zuvor.

Gewerkschaften, Sozialebewegungen, Kirchen und nichtstaatliche Organisationen (NGOs – nongovernmental organisations) wenden sich daher entschlossen gegen eine "Verbesserung" der Investitionsbedingungen, die durch die Herabsetzung von Regulierungen und Standards erreicht werden soll. Eine Politik, die in dieser Weise Investitionen begünstigt, ist Auslöser für das sogenannte "race to the bottom", dem Wettrennen um die niedrigsten Standards und geringsten Regulierungen und Auflagen im Sozial- und Umweltbereich. Außerdem wenden sie sich dagegen, dass unproportional hohe Anteile der Staatseinnahmen in den

Aufbau investitionsfreundlicher Infrastruktur gesteckt werden, da dies praktisch immer zu Lasten sozialer Dienstleistungen geht.

Unterstützt werden hingegen Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung und zu einer verbesserten Regierungsführung, auch wenn das Motiv vermutlich nicht in erster Linie die Verbesserung des Investitionsklimas ist.

### **Internationale Konkurrenz um Investitionen**

Ein besonderes Ausmaß kann das "race to the bottom" dann annehmen, wenn es darum geht, Investitionskapital über nationalstaatliche Grenzen hinweg anzulocken. Unter den Bedingungen liberalisierter Finanzmärkte haben Investoren die Wahl, in welchem Land sie investieren wollen. Das bedeutet, die Verbesserung des Investitionsklimas muss immer relativ zu den Investitionsbedingungen in anderen Ländern verstanden werden. Dieser Umstand wird insbesondere von global agierenden transnationalen Konzernen (TNCs – transnational corporations) ausgenutzt. Aufgrund ihrer meist marktbeherrschenden Stellung sind sie häufig in der Position, Regeln selbst zu setzen, anstatt Regeln befolgen zu müssen, wie es für inländische, kleine und mittlere Firmen bzw. Unternehmen im informellen Sektor gilt. Jede Strategie zur Verbesserung des inländischen Investitionsklimas bedeutet auch, ein besseres Investitionsklima als in anderen Ländern bieten zu müssen – es sei denn, das Land verfügt über einen besonders attraktiven Absatzmarkt oder über begehrte, aber knappe Rohstoffe.

Das heißt, es müssen vorteilhaftere Bedingungen für Investoren geboten werden, die deren Profite im Inland

erhöhen: z.B. durch niedrigere Steuern, gesenkte Löhne, bessere und preiswertere Infrastruktur, ein niedriges Niveau der Sozial- und Umweltstandards und ein höheres Maß an direkten und indirekten Subventionen als in anderen Ländern.

Offensichtlich können nun nicht alle Länder auf der Welt ein besseres Investitionsklima als andere Länder haben. Jede mögliche Strategie zur Verbesserung des Investitionsklimas strebt also notwendigerweise an, mehr Investitionen anzuziehen, und bedeutet weniger Investitionen irgendwo anders.

Natürlich ist das nicht nur ein Nullsummenspiel. Eine allgemeine Verbesserung von Investitionsbedingungen wird die Möglichkeiten für profitable Investitionen erweitern und daher tatsächlich reale Investitionen auslösen können. Aber die Bilanz der Kosten und des Nutzens solcher Maßnahmen, wie etwa eine Steuerbefreiung auf der einen Seite und die dadurch tatsächlich realisierte Menge zusätzlicher Investitionen auf der anderen, kann von einer breiteren gesellschaftlichen Perspektive aus betrachtet sehr ungünstig sein. Häufig erweitert ein besseres Investitionsklima einfach nur die Rentabilität möglicher Investitionen auf Kosten der Interessen anderer ökonomischer Akteure (z.B. LohnempfängerInnen, NutzerInnen öffentlicher Sozialleistungen etc.).

### **Mehr Investitionen bedeuten nicht automatisch mehr Wachstum und weniger Armut**

Selbst wenn wir annehmen, ein besseres Investitionsklima zöge tatsächlich mehr private Investitionen nach sich, wäre dies noch lange keine Garantie für "mehr" Entwicklung und weniger Armut.

Die einzige positive Folgerung, die ernsthaft gezogen werden kann, ist, dass ein höheres Investitionsniveau (bezogen auf die Gesamtkonomie) zu höheren Wachstumsraten führen kann. Ob und in welcher Weise wirtschaftliches Wachstum zur Armutsreduzierung beiträgt bzw. beitragen könnte, ist lange Zeit sehr umstritten gewesen. PolitikerInnen und AkademikerInnen, die die sogenannte Trickle-down-Hypothese<sup>4</sup> vertreten haben, gingen davon aus, Wachstum sei wie eine Flut, die große und kleine Schiffe gleichermaßen mit anhebt. Diese Hypothese hat die entwicklungspolitische Diskussion bis in die 1970er Jahre dominiert: Wenn das Wachstum nur groß und dynamisch genug ist, würden Gesellschaften phönixgleich aus der Armut herauswachsen.

Die Erfahrung aus fünfzig Jahren Entwicklungsgeschichte zeigt allerdings, dass Wachstum häufig sogar von mehr Armut und einer ungleicheren Verteilung von Einkommen und Reichtum begleitet wurde.

Wenn große Teile der Gesellschaft vom Wachstumsprozess ausgeschlossen sind, kann Wirtschaftswachstum keinen Beitrag zur Verringerung von Armut leisten. Es sei denn, das Wachstum gibt den Regierungen mehr Spielraum für Maßnahmen zur Armutsreduzierung. Das setzt voraus, dass der Staat Zugang zu finanziellen Res-

---

<sup>4</sup> Die Annahme der Trickle-down-Hypothese war, dass staatliche Unterstützung für private Unternehmen z.B. in Form von Steuergeschenken zum Wachstum der Unternehmen beitragen würde und diese in Folge mehr ArbeitnehmerInnen zu höheren Löhnen einstellen würden. Daraufhin hätte die Bevölkerung insgesamt mehr Geld zur Verfügung, was ihre allgemeine Lebenssituation verbessern, und durch gestiegenen Konsum auch die übrige Wirtschaft beleben würde. Es würden sich neue Unternehmen gründen, neue Arbeitsplätze entstehen usw.

sources hat, die durch Steuern und Sozialbeiträge von erfolgreichen Investitionen erwirtschaftet werden, und dass Armutsbekämpfung als eine zentrale Aufgabe wahrgenommen wird.

### **Beispiel: ausländische Direktinvestitionen (DI)**

Eines der größten Versäumnisse des WDR05 ist, dass die Unterschiede zwischen inländischen und ausländischen Investoren nicht deutlich benannt werden. Anhand eines hypothetischen Beispiels soll hier zumindest auf einen Unterschied hingewiesen werden, der auch langfristig fundamentale Nachteile für die weiteren Entwicklungschancen eines Landes bedeuten kann: ausländische Investitionen haben Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz – inländische nicht.

### **Zahlungsbilanzimplikationen von ausländischen Direktinvestitionen**

Wann immer ausländische Kapitalzuflüsse in eine Wirtschaft fließen, werden sie in der Zahlungsbilanz festgehalten. Diese bildet alle wirtschaftlichen Interaktionen von inländischen Akteuren mit ausländischen ab. Wie bereits erwähnt, haben ausländische Investitionen Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz, die inländische Investitionen nicht haben. Im Gegensatz zu Investitionen in inländischer Währung bilden Investitionen in ausländischer Währung (wie etwa Direktinvestitionen (DI) oder Investitionen inländischer Unternehmen, die durch ausländische Kredite finanziert werden) die Grundlage für Gewinnerwartungen und Verbindlichkeiten, die in ausländischer Währung zurückgezahlt werden müssen: Ausländische Investoren und Gläubiger erwarten, ihre Ge-

winne, Zinsen und Tilgung in Devisen zu erhalten.

Da es für Entwicklungsländer im Allgemeinen schwierig ist, Devisen zu erwirtschaften, stellt sich aus der Entwicklungsperspektive die Frage, ob ausländische Direktinvestitionen langfristig zu einem höheren oder niedrigeren Devisenbestand des Entwicklungslandes beitragen. Wenn sich der Zustrom von Devisen erhöht, wäre das ein positiver Effekt, da sich die Schuldendienstkapazität des Landes erhöhen und das bestehende Währungsregime stabilisieren würde.

#### **Box 1: Drei Arten von ausländischen Kapitalzuflüssen**

1. Kredite (kurz- und langfristige Kredite und Darlehn von öffentlichen und privaten Kreditgebern)
2. Portfolioinvestitionen (Kauf von Wertpapieren wie Anleihen und Aktien)
3. Ausländische Direktinvestitionen (DI) (Zusammenschlüsse oder Übernahmen von inländischen Unternehmen durch Ausländer, green field investment – Neuinvestitionen)

Sollte sich der Zustrom von Devisen in Folge von DI jedoch verringern, wäre die Wirkung offensichtlich negativ, da sie dann eine bereits instabile wirtschaftliche Situation verschärft und zusätzlichen Druck auf das bestehende Währungsregime ausüben würde.

### Makroökonomische- und Währungsrisiken im Zusammenhang mit DI

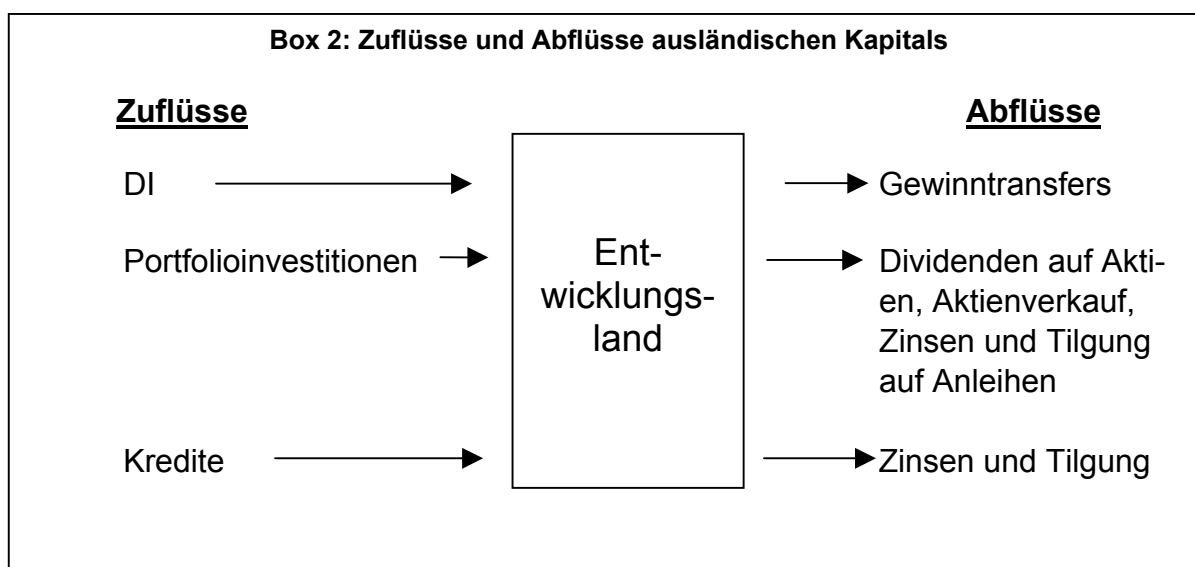
Eine umfassende Einschätzung erfordert es, alle Kapitalzu- und -abflüsse ebenso wie die Handelsauswirkungen im Zusammenhang mit DI zu berücksichtigen.

Nachdem Investoren davon ausgehen mit ihrer Investition einen Gewinn zu erzielen, werden Kapitalabflüsse, die im Zusammenhang mit Investitionen stehen, langfristig den ursprünglichen Zufluss übersteigen, falls die Investition erfolgreich ist.

Diese Abflüsse finden in unterschiedli-

chen Zahlungsbilanzperspektive bedeutet das einen Kapitalimport von € 200 Mio. und einen Umtausch von € 200 Mio. in inländische Währung. Um das einfacher darstellen zu können, wollen wir einen stabilen Wechselkurs von 1 Euro = 50 indische Rupien annehmen. Folglich kann die indische Zentralbank ihren Devisenreserven € 200 Mio. hinzufügen und gibt Volkswagen-India 10 Mrd. Rupie (Rp.).

Von der Ausgangsinvestitionssumme von Rp. 10 Mrd. verwendet Volkswagen-India Rp. 5 Mrd. zum Kauf von



cher Form statt, je nachdem welche Form der Kapitalzufluss hatte – DI, Portfolioinvestition oder Kredit. Box 2 gibt einen Überblick über ausländische Kapitalströme aus Sicht des Gastlandes.

Zum besseren Verständnis der Zahlungsbilanzimplikationen von DI soll hier ein hypothetisches Beispiel angeführt werden:

Volkswagen-Deutschland investiert € 200 Mio. in Indien, um eine Tochterfirma Volkswagen-India aufzubauen und Autos zu produzieren. Aus indischer

Immobilien und zur Errichtung von Produktionshallen u.ä. Die übrigen Rp. 5 Mio. werden für den Import von Maschinen und Produktionsgütern für die neue Fabrik verwendet. Infolgedessen werden Rp. 5 Mrd. gegen € 100 Mio. getauscht, um für die Importe zu zahlen. D.h. netto sind bisher € 100 Mio. bzw. Rp. 5 Mrd. ins Land geflossen, also auch eine Erhöhung der Devisenreserven der Zentralbank um € 100 Mio.

Langfristig wird der Output der neuen Produktionsstätte Volkswagen-India auf Rp. 3,3 Mrd. bzw. € 66,7 Mio. jährlich geschätzt. Der zur Produktion notwendige Anteil an Importen wird gleich bleiben (wir nehmen hier 30% an), also werden € 20 Mio. pro Jahr für den Import von Vorprodukten und Rohstoffen ausgegeben. Wenn Volkswagen-India 20% der jährlichen Produktion exportiert und weitere 20% den Import anderer Autos substituieren, heißt das bei einem Output von Rp. 3,3 Mrd. einen positiven Zuwachs für die Handelsbilanz von Rp. 0,67 Mrd. durch Exporte und zusätzlich Rp. 0,67 Mrd. durch weniger Auto-Importe. Insgesamt also eine Stärkung der Handelsbilanz um Rp. 1,33 Mrd. bzw. € 26,6 Mio. jährlich über den gesamten Zeitraum der Investition.

Für das erste Jahr gehen wir allerdings davon aus, dass Volkswagen-India keinen Gewinn macht und der Output nur halb so hoch sein wird, weil neue Maschinen eingeführt und ArbeiterInnen qualifiziert und angelernt werden müssen. Insgesamt ergibt sich für das erste Jahr also ein leicht positiver Effekt für die Leistungsbilanz (Importe von Inputs für die Produktion Rp. 0,5 Mrd. bzw. € 10 Mio., Substitution von Autoimporten Rp. 0,33 Mrd. bzw. € 6,7 Mio. und Rp. 0,33 Mrd. bzw. € 6,7 Mio. Autoexporte also ein Handelsüberschuss von € 3,3 Mio.) (siehe Abbildung S.8).

Vom zweiten Jahr an rechnen wir damit, dass der beabsichtigte Output von Rp. 3,3 Mrd. erreicht wird und Rp. 1 Mrd. bzw. € 20 Mio. (10% der ursprünglichen Investitionssumme<sup>5</sup>) als

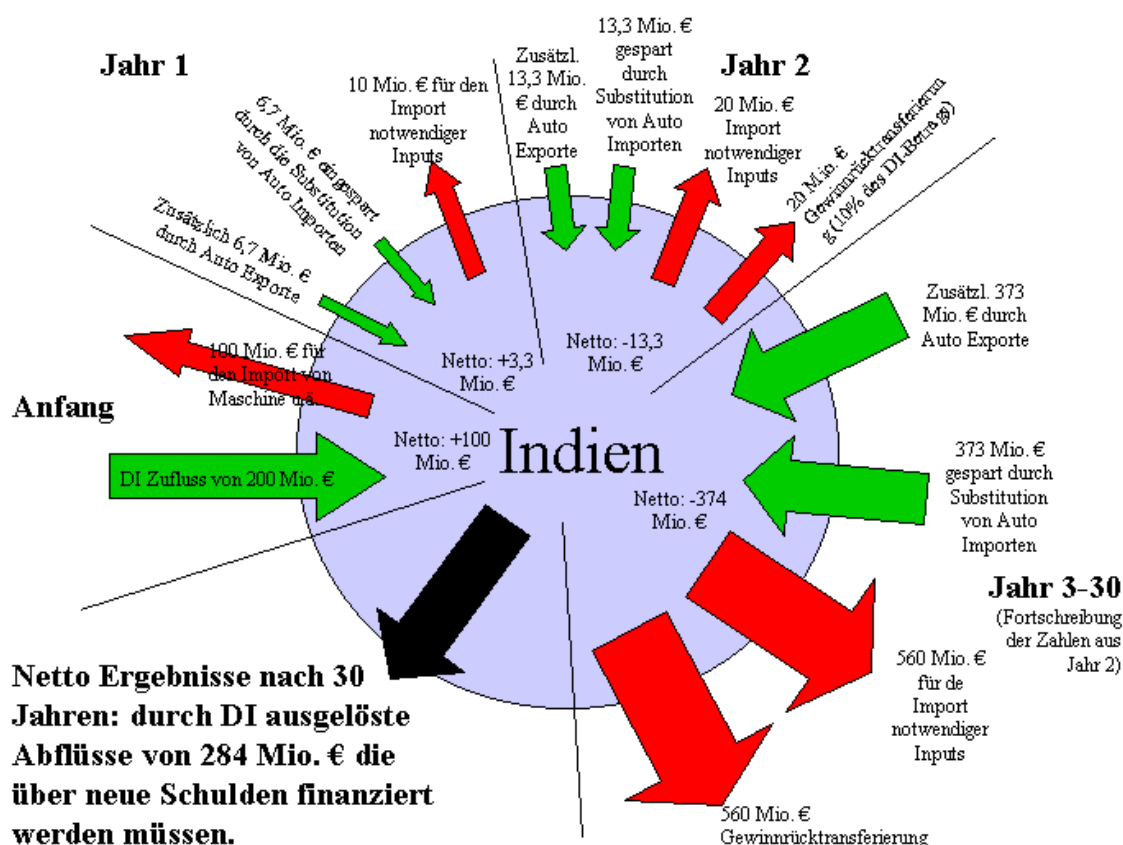
<sup>5</sup> Ein Einwand im Hinblick auf die Brauchbarkeit dieses Beispiels könnte sein, dass 10% einfach zu

Profit an Volkswagen-Germany transferiert wird.

Berücksichtigt man nun alle verschiedenen Effekte auf die Zahlungsbilanz, ergibt sich jährlich ein Minus von Rp. 0,67 Mrd. bzw. € 13,3 Mio. wenn man den ursprünglichen und einmaligen Zufluss von Rp. 5 Mrd. im ersten Jahr unberücksichtigt lässt. D.h. nach 7,5 Jahren wird der Nettoeffekt der Investition negativ und muss über neue Schulden finanziert werden. Dabei erhöhen sich Indiens Auslandsschulden jährlich um weitere Rp. 0,67 Mrd. bzw. € 13,3 Mio.

---

hoch gegriffen sind. In diesem Beispiel müsste die Gewinnretransferierung auf 3,5% absinken, um einen negativen Einfluss der Investition auf die Zahlungsbilanz zu verhindern. Die Weltbank schätzte in einem 1997 erschienenen Bericht die durchschnittliche Rate der Rückläufe von Direktinvestitionen in Entwicklungsländer im Zeitraum 1990 bis 1994 auf 16 – 18%, für Sub-Sahara-Afrika sogar auf 24 – 30% (Woodward 2001:93f.).



Wie die Abbildung deutlich zeigt, würde die Volkswagen-Investition über einen Zeitraum von 30 Jahren einen Nettokapitalabfluss von € 284 Mio. zur Folge haben. Das berücksichtigt natürlich nicht die Möglichkeit, dass Volkswagen im Laufe dieser Zeit auch entscheiden könnte, seine Investition zurückzuziehen. Außerdem sind eventuelle zusätzliche Kapitalabflüsse, die sich aus Zinszahlungen auf Kredite, die zur Finanzierung des Kapitalabflusses aufgenommen werden müssen, ausgeblendet.

Um also langfristig einen positiven Effekt auf die Zahlungsbilanz zu haben, müssen ausländische Direktinvestitionen offensichtlich bestimmte Bedingungen erfüllen:

1. Die Zunahme der Exporte plus die Substituierung von Importen, die durch die Investition ermöglicht werden, müssen die notwendigen Importe für

die Produktion übersteigen. Im beschriebenen Fall wäre das bei einem zusätzlichen Handelsüberschuss von € 6,7 Mio. erreicht.

2. Darüber hinaus muss dieses positive Ergebnis der Handelsbilanz hoch genug ausfallen, um den Abfluss durch Gewinntransfer (€ 20 Mio.) zu kompensieren. Tritt das nicht ein, hat das Land für die Dauer der Investition ein strukturelles, zusätzliches, jährliches Leistungsbilanzdefizit von € 13,3 Mio.

Das Beispiel zeigt, dass DI ein großes Risiko für die Zahlungsbilanz eines Entwicklungslandes darstellen können, selbst wenn die Investition als solche einen Erfolg im Hinblick auf Technologietransfer, Qualifizierung und Verkaufserlös darstellt. Das bedeutet, dass jede DI einen positiven Handelsüberschuss produzieren muss, der mindestens so hoch ist wie die retransferierten Gewinne. Das Risiko

für die Zahlungsbilanz ist um so höher, je mehr die DI 1. darauf ausgerichtet ist, für den lokalen Markt zu produzieren anstatt für den Export und ohne einen bedeutenden Beitrag zur Importsubstitution zu leisten, und 2. je höher der Anteil von Importen in der Produktion ist.

Wenn DI aus der Perspektive der Zahlungsbilanz überhaupt einen positiven Effekt haben sollen, muss der Devisenzufluss, den sie generieren, mittel und langfristig größer sein als der Devisenabfluss. Das kann nur bei DI erreicht werden, die höhere Nettoexporteinnahmen generieren als die Rücktransferierung von Gewinnen ausmacht. Da diese besondere Situation keinesfalls automatisch gegeben ist, braucht es eine politisch motivierte Regulierung auf internationaler Ebene, die dazu beiträgt, diese Bedingungen zu schaffen.

### **Was folgt daraus für die Einschätzung des WDR05?**

Es gibt fundamentale Interessensgegensätze zwischen dem Ziel der Armutsreduzierung einerseits und den Ansprüchen privater Investoren an ein verbessertes Investitionsklima andererseits. Diese weitreichende Unvereinbarkeit bleibt im WDR05 nicht nur weitgehend unbeachtet, sondern sie wird zu Gunsten von Investoreninteressen grundsätzlich negiert.

Der als Allheilmittel angepriesenen Versuch zur Verbesserung des Investitionsklimas (also über Steuersenkungen, niedrigere Löhne, Subventionen, geringe Sozial- und Umweltauflagen, weitreichende Privatisierung des Dienstleistungssektors auch für Bereiche der Grundversorgung) trägt un-

mittelbar zum beschleunigten Wettlauf um niedrigere Standards, geringere Regulierung und weniger Kontrolle und Steuerung bei und leistet damit dem sogenannten "Race to the Bottom" Vorschub.

Der unter anderem durch die Liberalisierung der Finanzmärkte ermöglichte und beförderte Wettbewerb um ausländische Investoren forciert auch den Druck, über Steuergeschenke und Subventionen Unternehmen anzulocken bzw. im Land zu halten. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Staatseinnahmen und schränkt die Handlungsfähigkeit des Staates in Bereichen wie Bildung und Gesundheit zunehmend ein.

Insgesamt hat die Weltbank mit dem Weltenentwicklungsbericht 2005 eine Lanze für private Investoren gebrochen und dies mit der hypothetischen Grundannahme, dass Investitionen zu Wachstum und Armutsreduzierung führten als neuen Schlüssel zur Entwicklung verpackt. Dabei wurde weder differenziert auf die positiven und negativen entwicklungspolitischen Auswirkungen verschiedener Formen von Investitionen eingegangen, noch überhaupt hinterfragt unter welchen Umständen Wachstum tatsächlich zu Armutsreduzierung beitragen könnte.

## **Forderungen**

Damit Investitionen einen positiven Beitrag zu Entwicklung und Armutsreduzierung leisten können, ist eine internationale Regulierung unbedingt notwendig. Dabei müssen die mit ausländischen Direktinvestitionen verbundenen Risiken besonders beachtet werden und negative Auswirkungen auf den Sozial- und Umweltbereich nach Möglichkeit ausgeschlossen werden.

Freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen reichen nicht aus. Im Gegenteil die Vereinbarungen müssen in einem multilateralen Rahmen sanktionierbar sein. Darüber hinaus ist es wichtig, dass Entwicklungsländer ausreichend Spielraum eingeräumt wird, um Investitionen differenziert, entwicklungs- und armutsorientiert steuern zu können. Dieser multilaterale Investitionsrahmen muss transparent und für alle Staaten und Investoren mit einem verbindlichen Sanktionsmechanismus ausgestattet sein.

## **Literatur**

Evangelischer Entwicklungsdienst – eed (2004): Foreign Direct Investment – High Risk, Low Reward for Development, Bonn

Woodward, David (2001): The Next Crisis? Direct and Equity Investment in Developing Countries, Zed Books, London/New York

BLUE 21 Fritz, Thomas und Hersel, Philipp (2002): Das Kartell der Gläubiger aufbrechen – Faire und transparente Schiedsverfahren, Berlin

World Bank (2004): World Development Report 2005. A Better Investment Climate – For Everyone, Washington DC